

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 11

Artikel: Organisierung der Wirtschaft
Autor: Weber, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333861>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wöhnen, daß er im Interesse des Landes mehr Arbeit und Entbehrungen auf sich nehmen müsse und daß er schließlich für das große Ziel, das die Staatslenker proklamierten, seine ganze Person einzusetzen habe. Dieser Prozeß der geistigen Umformung der Massen wurde nicht nur durch Zwangsmittel, sondern auch durch eine ganz gewaltige und psychologisch wohldurchdachte Propaganda gefördert.

Wenn man aber bedenkt, daß in dieser Richtung in den Staaten, die nachher bei der kriegerischen Auseinandersetzung unterlagen, wenig oder nichts geschah, dann muß man sich nicht verwundern, daß die geistigen Voraussetzungen für den Opferwillen zum Teil nicht so weit waren, wie in den Staaten, die nach mehr Geltung und mehr Macht verlangten. Dabei hätte die geistige Einstellung naturgemäß im Sinne der allgemein gültigen Menschheitsideale gefördert werden müssen.

Sicher haben in der Stunde der Gefahr unzählige Menschen aus *freien Stücken* sich mit ihrer ganzen Person der Sache des Landes hingeeben. Sicher versuchten jene, die frühzeitig die Gefahren erkannt und auf sie aufmerksam gemacht hatten, alles, um Erfolge zu erringen. Aber man kann jahrelange Einsichtslosigkeit nicht von einem Tag auf den andern zum Verschwinden bringen. Man kann versäumte Erziehung zur Hingabe und zum Opfer nicht einfach nachholen, und man kann vor allem nicht organisatorisch Versäumtes in kürzester Frist wieder gutmachen.

Die letzten Wochen beweisen, daß die Menschheit im Laufe der Jahrtausende wohl neue Mittel, neue Techniken und neue Wege findet, um Auseinandersetzungen zu entscheiden. Aber diese Wochen und die ihnen vorausgegangenen Jahre beweisen auch, daß Einsicht, Wille, Hingabe und Opfer die *ursprünglichen* und nicht wechselnden Faktoren sind, denen man den schließlichen Erfolg verdankt.

Organisierung der Wirtschaft

Von Ernst Weber.

Nur ein Teil des Krieges ist zu Ende. Die Auseinandersetzung zwischen den Achsenmächten und dem Britischen Reich steht noch bevor. Ob eine Eroberung Englands möglich ist und ob dann der Krieg über die Ozeane weitergeht, sind Fragen für sich. Mit der Niederlage Frankreichs aber sieht sich die Schweiz vor neue, unendlich schwierige Probleme gestellt. Die deutsche Besetzung Frankreichs zieht die Blockierung seiner Häfen durch England nach sich. Damit sind wir von überseeischen Rohstoff- und wichtigen Absatzgebieten abgeschnitten. Die Schweiz ist derart eng mit der Weltwirtschaft verflochten, daß dies schwere Erschütterungen verursachen muß. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des deutsch-französischen Waffenstillstandes erfolgten in Fabriken der Metallindustrie Entlassungen, weil Bestellungen für England und Übersee nicht mehr ausgeführt werden können.

Die Versorgung der Schweiz mit Lebensmitteln ist vorläufig gesichert. Sofern aber der Welthandel längere Zeit unter Blockade steht, wird sie ebenfalls zu einem heiklen Problem. Wir müssen Getreide einführen. Von dem, was wir 1938 importierten, stammten zwei Drittel aus Übersee, Rußland und andern blockierten oder schwer erreichbaren Gebieten.

Außerordentlich kritisch wird die Beschaffung der Rohstoffe für unsere Industrie, die darauf absolut angewiesen ist. Kohle, Eisen und Stahl kann uns Deutschland wahrscheinlich ausreichend liefern. Auch die übrigen Metalle sind zu erlangen. Aber wenigstens vier Fünftel unserer Petrol- und Benzineinfuhr erfolgte bisher auf Wegen, die nun restlos blockiert sind. Ebenso bitter sieht es mit der Belieferung unserer Textilindustrie aus. Nur ein Bruchteil der bisherigen Lieferanten von Rohwolle, Baumwolle und Seide ist blockadefrei. Auch die genügende Beschaffung von Leder für unsere Schuhindustrie ist in Frage gestellt.

Eine weitere Erschwerung bedeutet die Lage der vom Krieg direkt oder mittelbar betroffenen Staaten Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich. Sie spielten in unserem Handelsverkehr eine sehr bedeutende Rolle, nahmen sie doch 1938 allein rund ein Fünftel unseres Exportes auf. Heute sind sie wirtschaftlich so schwer hergenommen und befinden sich zum Teil noch immer im Kriegszustand, so daß sie keinesfalls mehr im frühern Ausmaß in Betracht fallen. Zu dieser Schrumpfung der Absatzmöglichkeit tritt ein katastrophaler Ausfall des Exportes über die Meere. Dieser erreichte 1938 unter Einrechnung Englands einen Wert von über 500 Millionen Franken, ungefähr 40 Prozent unserer gesamten Warenausfuhr. Wieviel davon erhalten oder wieder aufgebaut werden kann, ist heute noch nicht zu übersehen.

Die Nichtbesetzung Frankreichs südlich von Genf läßt eine Passage frei nach Marseille und über Spanien nach Portugal. Damit ist ein Ausgang zum Atlantischen Ozean offen. Eine andere Frage ist es aber, ob England französische oder von uns selbst gecharterte Schiffe passieren läßt. Es besteht mindestens eine große Wahrscheinlichkeit, daß der ganze schweizerische Außenhandel scharf daraufhin kontrolliert wird, ob er nicht der Wirtschaft Deutschlands und Italiens zugute kommt. Daraus erstehen neue Hemmnisse.

Auch von andern Schäden unserer Wirtschaft muß wenigstens ein Wort gesagt werden. Die dauernd passive Handelsbilanz im Warenverkehr war für die Schweiz tragbar, solange sie von der Zahlungsbilanz einen Ausgleich erwarten durfte. Dazu trugen bei die Fremdenindustrie und die Erträgnisse aus Geldanlagen im Ausland. Große Kapitalverluste, Beschränkung des Zahlungsverkehrs durch den Krieg und der Ausfall der Fremdenindustrie zerstören diese Voraussetzung sozusagen völlig. Bei der heutigen Situation auf einen Zustrom von Fremden in unsere Kur- und Ferienorte zu rechnen, wäre Illusion.

All diese Schläge für die schweizerische Wirtschaft sind so gewaltig, daß sie tödlich wirken müßten, wollte man die Dinge einfach treiben lassen. Die Schwierigkeit, einen Ausweg aus der drohenden Katastrophe zu finden, ist zu groß für die liberalistische Privatwirtschaft. Einzelne Unternehmer können ihn beim besten Willen nicht bahnen. Die Tat-

sache, daß wegen der freien Durchfuhr Verhandlungen von Staat zu Staat nötig und in vielen Fällen Verträge über den Zahlungsverkehr unerläßlich sind, würde noch keine grundsätzliche Änderung des bisherigen Systems erzwingen. Die landwirtschaftliche Produktion ist mit den verschiedenen Genossenschaften und Verbänden schon sehr weitgehend organisiert. Zu einer noch systematischeren Lenkung braucht es nicht viel, besonders da der Absatz unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Probleme stellt. Es kann sich lediglich darum handeln, die im Inland begehrten Erzeugnisse zu drosseln, um die für den Export am besten verwertbaren Güter, wie Käse, in größerem Umfang zu produzieren. Preiskontrolle und Rationierung ermöglichen sehr leicht die Regelung des Verbrauchs im eigenen Lande. Die Steigerung der eigenen landwirtschaftlichen Erzeugung muß helfen, gewisse Ausfälle der bisherigen Zufuhr zu decken, in erster Linie aber vom Ausland begehrte Güter bereitzustellen. Wir müssen sehr viel importieren und werden nur beliefert, wenn wir zu exportieren imstande sind, und zwar Dinge, welche den Handelspartnern, auf die wir in erster Linie angewiesen sind, wertvoll erscheinen. Es wird niemandem einfallen, für die Schweiz eine Lösung in einer Autarkie suchen zu wollen.

Viel zwingender als für die Landwirtschaft ist die Notwendigkeit einer neuen Organisation der Wirtschaft für Industrie, Gewerbe, Handel und Geldwesen. Unser hochindustrialisiertes Land ist darauf angewiesen, seine Fabriken in Gang zu halten und aus der Verarbeitung der Rohstoffe einen großen Teil unserer Bevölkerung zu erhalten. Seit der großen Wirtschaftskrise hat sich unsere Exportindustrie nie ganz erholt. Die Arbeitslosigkeit verschwand erst mit der Mobilisation. Die Demobilisierung stellt uns vor die alten Probleme – und vor die neuen, wie sie sich aus der düstern Darstellung über die völlig veränderte Lage unserer Wirtschaft ergeben. Jahrelang haben wir nach Arbeitsbeschaffung gerufen. Heute anerkennt der Bundesrat, daß sie erste Pflicht ist. Sie müsse kommen, «koste es, was es wolle». Diese Erkenntnis ist erfreulich. Dank frühern Anstrengungen liegen zahlreiche Projekte vor, die in Angriff genommen werden können. In Zürich erklärte Genosse Klöti, daß sie erst baureif gemacht werden müssen. Basel ist in der glücklichen Lage, daß große Bauten – Rheinhafenbecken, Spital u. a. – zur Ausführung bereit sind. Im ganzen Land müssen diese Anstrengungen verdoppelt werden. Aber das genügt nicht. Vom Bauen kann die Schweiz nicht leben.

Es darf wieder an die Gutachten Grimm/Rothpletz und Käch aus dem Jahre 1934 erinnert werden, welche die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung eingehend untersuchten. Damals wurde mit aller Schärfe vor der Illusion gewarnt, daß bei einem Exportrückgang von 300 Millionen Franken die aus dem Produktionsprozeß ausscheidenden 100 000 Arbeiter (nach Berechnungen Kächs) in einem andern Wirtschaftszweig untergebracht werden könnten. Und selbst dann, wenn dies gelänge, wäre das Problem ungelöst, wie wir die Einfuhr lebensnotwendiger Güter bezahlen sollen. Zudem sind die dirigierten Wirtschaften der euro-

päischen Staaten nur geneigt zu exportieren, wenn sie dafür Waren bekommen, die ihnen nützen.

Wir müssen neue Absatzmärkte finden, wo unser Export praktisch hingeleitet werden kann. Das kommt darauf hinaus, daß wir unsere Industrie so umstellen müssen, daß wir den erreichbaren Ländern Güter offerieren können, die sie nötig haben. Für diese exportfähigen Waren sind die Rohstoffe zu beschaffen, nötigenfalls müssen sie sogar für sie reserviert werden. Die Wirtschaftszweige, welche uns Abnahme unserer Produktion ermöglichen, müssen auch alle finanzielle Unterstützung finden, besonders Kredite bei allfällig langen Zahlungsfristen. Möglichkeiten zu einer solchen planmäßigen Förderung des Exportes sind auch heute vorhanden. Beispielsweise sind die Balkanländer gerade jetzt sehr aufnahmefähig für hochwertige Maschinen, Lokomotiven, Uhren. England und Deutschland können schon ihrer Kriegswirtschaft wegen die Nachfrage nicht befriedigen. Unser nördlicher Nachbar wäre wahrscheinlich sogar daran interessiert, uns einen Kompensationsverkehr im Dreieck mit diesen Ländern zu ermöglichen. Er könnte landwirtschaftliche und industrielle Rohstoffe von dort beziehen, uns Kohle und Eisen liefern, während wir durch Maschinen den Ausgleich mit dem dritten Partner herstellen. Prof. Marbach hat in einer der letzten Nummern der «Metallarbeiterzeitung» erneut die Notwendigkeit der Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Rußland betont. Das Gutachten Grimm/Rothpletz setzte sich sehr energisch für den Ausbau eines Kompensationsverkehrs ein und erklärte:

«Das Problem zu Ende gedacht, setzt den durchorganisierten Kompensationsverkehr, die straffe, zentralisierte Leitung, Überwachung und Kontingentierung der Einfuhr voraus, gleichgültig, ob diese Aufgabe vom Staat direkt oder von Wirtschaftsverbänden, Genossenschaften usw. unter staatlicher Kontrolle durchgeführt wird.»

Der Bundesrat hat, gestützt auf seine Vollmachten, kürzlich Beschlüsse gefaßt über Lenkung von Bedarf und Verbrauch von Rohstoffen und Fabrikaten. Das ist ein erster Schritt. Konsequenterweise muß eine eigentliche Organisation der Wirtschaft folgen. Das ist für die Bewältigung der riesigen Aufgaben unerlässlich. Die Landesregierung wird dazu alle Wirtschaftsverbände und alle Kräfte des Unternehmertums heranziehen müssen. Einschneidende Entscheide werden auch auf finanzpolitischem Gebiet erfolgen. Dabei ist undenkbar, daß die Verwalter des privaten Kreditwesens, Banken und Versicherungsanstalten, weiterhin nach ihrem Gutdünken über die Investition des Kapitals und über die Kreditbedingungen verfügen dürfen. Es wird aber auch nicht gehen ohne Regelung des Arbeitsmarktes. Aber man kann es nicht dem Belieben einzelner Kantone überlassen, Lohnstopp zu verfügen und die Freizügigkeit aufzuheben. All diese Fragen sind nur unter straffer, zentraler Leitung zu lösen.

Die Wirtschaft bedarf auf allen Gebieten einer planmäßigen Organisation. Jetzt kann nicht mehr darüber diskutiert werden, ob man sie will oder nicht. Es geht nur noch darum, wie die Organisation der Wirtschaft erfolgt.

Es ist selbstverständlich, daß der Zwang, rasch zu handeln, besteht, nachdem man selbst in der Kriegszeit so vieles laufen ließ, das längst einer Regelung bedurfte. Dieser Zwang darf aber nicht Vorwand sein zur Beseitigung der Demokratie. Es muß gehandelt werden, aber so rasch wie möglich ist auch die Zustimmung des Volkes einzuholen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Der Souverän wird gerne zustimmen, wenn er sieht, daß zu seinem Wohl energisch gehandelt wird.

Selbstverständlich muß den Konsumenten- und Arbeiterorganisationen die Möglichkeit zur Mitarbeit bei dieser Organisierung der Wirtschaft gegeben werden. Nicht nur bei kleinen Detailfragen. Auch dort, wo es um die schwerwiegenden, grundsätzlichen Entscheide geht, muß die Stimme der organisierten Arbeiterschaft mitbestimmen. Das ist nicht allein ein Protest gegen die politische Ausschließlichkeit im Bund. Bei diesen Dingen geht es um eine solch gewaltige Neuordnung, daß bei denen, die schwer mitzutragen haben, das nötige Verständnis unter allen Umständen hergestellt werden muß. Die Sozialdemokratische Partei und der Gewerkschaftsbund müssen von sich aus zum ganzen Problem Stellung nehmen, Vorschläge ausarbeiten und sie dem Bundesrat unterbreiten. Am zweckmäßigsten wäre wohl die Schaffung einer besondern Instanz beider Organisationen, mit der Kompetenz, die auf dem Gebiet der Organisierung der Wirtschaft nötigen Beschlüsse zu fassen und vor den Behörden zu vertreten. Auch die Arbeiterbewegung steht unter dem Zwang, unverzüglich zu handeln. Sie muß der Arbeiterschaft Gehör verschaffen, mitbestimmen können und mithelfen, zu handeln, ohne daß auf einem Umweg die Demokratie ausgeschaltet wird.

Die automatische Fabrik

Von J. D. M.

Vor zwanzig Jahren begann die A. O. Smith-Corporation in Milwaukee als erster vollautomatischer Großbetrieb die Erzeugung von Automobilrahmen (Chassis) in einer neu erbauten Fabrik, in der menschliche Arbeit fast vollständig ausgeschaltet ist. Eine künftige Kulturgeschichte wird diesem Ereignis ebensoviel Bedeutung beimessen wie dem Druck des ersten Buches, der ersten Eisenbahnfahrt und dem ersten Aufstieg einer Flugmaschine. Alle diese Ereignisse wurden zu ihrer Zeit in ihrer Bedeutung nicht erkannt. Man sah in ihnen eine Tagesensation oder wie im Falle des ersten Fluges eine Artistenleistung. Aber jedes dieser Ereignisse hat die Welt umgestaltet. Auch mit dem ersten automatischen Großbetrieb begann eine neue Umgestaltung der Welt.

Wie zu vielen anderen großen Erfindungen hat zu der Entstehung dieser automatischen Fabrik ein kühner Gedanke geführt. Der Schöpfer dieses Gedankens, L. R. Smith, damals ein junger Ingenieur, hatte von seinem Vater A. O. Smith, nach dem die Firma benannt ist, eine Werkstatt geerbt, in der seit 1900 Autorahmen erzeugt wurden. Anfangs nur